

JOACHIM BISCHOFF
BERNHARD MÜLLER

PIKETTY KURZ & KRITISCH

*Eine Flugschrift zum
Kapitalismus im 21. Jahrhundert*

Joachim Bischoff/Bernhard Müller
Piketty kurz & kritisch

Joachim Bischoff ist Ökonom und Sozialwissenschaftler, Mitherausgeber der Zeitschrift *Sozialismus*. Von ihm erschien zuletzt die Flugschrift »finanzgetriebener kapitalismus« (Hamburg 2014).

Bernhard Müller ist Redakteur von *Sozialismus* und Autor des Buches »Erosion der gesellschaftlichen Mitte« (Hamburg 2013).

Joachim Bischoff/Bernhard Müller

Piketty kurz & kritisch

**Eine Flugschrift zum
Kapitalismus im 21. Jahrhundert**

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2015, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-89965-646-6

Inhalt

Einleitung	7
Armut und Reichtum in der historischen Entwicklung im Kapitalismus	9
Verbindung von empirischen Befunden mit gesellschaftlichen Alternativen	10
Aufstieg und Fall der Mittelklasse als ein zentraler Tatbestand	16
Kapitel 1	
Erneute Zuspitzung der sozialen Kluft zwischen Reichtum und Armut in den USA und ihre Gründe	21
Kapital- und Einkommensungleichheit	32
Mega-Anteil für die obersten 0,01% der Gesellschaft	33
Aufstieg der Spitzenelite – Abstieg der Mittellagen	36
Die Gründe der dramatischen Änderung in der Verteilung	41
Wohlstand, Assets und Schulden	44
Kapitel 2	
Die soziale Ungleichheit wächst auch in Deutschland	47
Vermögenskonzentration in der Berliner Republik	50
Kapitel 3	
Finanzmarktkapitalismus und Umverteilung	57
Vision ohne Konzept: politisch beförderte Schuldenökonomie	61
Erosion der Mitte	63

Kapitel 4

Wachsende Ungleichheit ist kein

unabwendbares Schicksal 69

Soziale Ungleichheit und Verunsicherung 69

Eine verteilungspolitische Debatte ist erforderlich 72

Was bewirken Vermögensabgaben und Eingriffe
in die Erbschaftssteuer? 80

Progressive Alternativen müssen her –
sonst erstarkt der Rechtspopulismus 83

Literatur 89

Einleitung

Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Dies ist die zentrale These der Veröffentlichung von Thomas Pikettys »Das Kapital im 21. Jahrhundert«.¹ Er vertritt darin die These, die Ungleichheit der Vermögensverteilung nehme im Kapitalismus stetig zu. Die Kapitalrendite sei auf längere Sicht höher als das Wachstum der Wirtschaft und überflüge den Zuwachs des Arbeitseinkommens. Dadurch würden reiche Kapitalbesitzer immer reicher und die Vermögen immer stärker in wenigen Händen konzentriert – letztlich werde dadurch die Demokratie gefährdet.

Piketty argumentiert wie folgt: In den vergangenen 300 Jahren ist die Weltwirtschaft inflationsbereinigt im Schnitt um 1,6% jährlich gewachsen. Die eine Hälfte davon resultiert aus dem Bevölkerungswachstum, die andere aus dem technischen Fortschritt, der die Produktivität steigert. »Die Vermögen wachsen schneller als 1,5%. Historisch gesehen liegt die Wachstumsrate eher bei 4%, wenn man die Erträge vor Abzug der Steuern betrachtet. Für Immobilien und Grundstücke liegt sie meist bei mehr als 3%, für Finanzprodukte eher bei 6 oder 7% – also höher als das gesamte Wirtschaftswachstum. Das haben wir in der Nachkriegszeit vergessen, weil die Wirtschaft so außergewöhnlich stark gewachsen ist. Das war im 18. und 19. Jahrhundert ganz anders. Die Wirtschaft ist weniger als 1% gewachsen, das Vermögen um 4,5%. In der Situation sind wir nun wieder. Das führt zu Vermögensungleichheit und lässt die Mittelklasse schrumpfen. Vor allem, weil es einfacher ist, eine hohe Rendite auf den globalen Finanzmärkten zu erzielen, wenn man bereits ein großes Vermögen hat, das man breit anlegen kann. Die Reichsten können ihr Vermögen meist überdurchschnittlich steigern. Dagegen wird jemand, der 50.000 Euro hat, es kaum schaffen, dafür

¹ Das Buch erschien zuerst 2013 in Frankreich bei Le Seuil (»Le Capital au XXI^e siècle«), 2014 folgte die englische Ausgabe (»Capital in the 21st Century«) bei Harvard University Press, im Oktober 2014 erschien im Verlag C.H. Beck die deutsche Ausgabe unter dem Titel »Das Kapital im 21. Jahrhundert« (im Folgenden zitiert als Piketty 2014a).

5% Zinsen zu bekommen. Der kann froh sein, wenn er einen Inflationsausgleich bekommt.«²

Der französische Ökonom Thomas Piketty beschäftigt sich seit etlichen Jahren mit dem von Anthony Atkinson und Emmanuel Saez geprägten Feld der Verteilungsverhältnisse in den kapitalistischen Gesellschaften. Die zusammenfassende Darstellung in »Das Kapital im 21. Jahrhundert« hat einen Bruch mit den überlieferten Bewertungen und gesellschaftlichen Sichtweisen ausgelöst. Die »Piketty-Debatte«, so die Bewertung des US-Ökonomen Paul Krugman, läuft auf eine »Revolutionierung unserer Auffassungen von den langfristigen Trends in Sachen Ungleichheit« (Krugman 2014: 71) hinaus. Dies heiÙe nicht, dass mit Piketty alle methodischen und empirisch-theoretischen Fragen der modernen Verteilungsstrukturen gelöst seien, sondern: »Über Reichtum und Ungleichheit werden wir nie mehr sprechen so wie vorher.« (Ebd.: 81) Diese Umwälzung eines wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurses ist das Resultat einer Präsentation des aktuellen Zustandes des historischen Wissens soweit es die Dynamik der Verteilung des Reichtums und der Einkommen seit dem 18. Jahrhundert betrifft.

Das Schlüsselthema von Pikettys Untersuchungen ist die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Er will die Gründe der sozio-ökonomischen Entwicklung aufdecken, die den modernen Kapitalismus mehr und mehr mit einer oligarchischen Gesellschaftsstruktur ausstatten.

Die wachsende soziale Kluft zwischen Reichtum und Armut ist ein bereits seit Längerem bekanntes und auch im öffentlichen Diskurs behandeltes Phänomen. Was sind die Gründe dafür, dass Pikettys umfangreiche Darstellung nun eine so außergewöhnliche Aufmerksamkeit auf dem Büchermarkt, in der Wissenschaft sowie in der Öffentlichkeit und in der Politik gefunden hat?³ Wir sehen zunächst drei Aspekte, die möglicherweise erklären können, warum Pikettys Darstellung der sozialen Kluft von Reichtum und Armut eine außergewöhnliche Resonanz hatte und hat.

² Interview in der Süddeutschen Zeitung vom 27.3.2014.

³ Darauf, dass Pikettys Arbeit innerhalb des linken gesellschaftskritischen Spektrums eher auf skeptische, z.T. ablehnende Reaktionen trifft, kommen wir im letzten Kapitel zurück.

Armut und Reichtum in der historischen Entwicklung im Kapitalismus

Piketty selbst fasst seine theoretisch-politische Zielsetzung folgendermaßen zusammen. »Das Kapital im 21. Jahrhundert« hat primär die Untersuchung des Kapitals in historischer Perspektive zum Gegenstand. Es unternimmt den Versuch herauszufinden, wie man die Entwicklung von Ungleichheiten, von Herrschaftsverhältnissen historisch analysieren kann, die mit der Geschichte des Kapitals und unterschiedlichen Eigentumsformen seit der industriellen Revolution einhergehen.« (Piketty 2014b: 42)

Er weist zu Recht daraufhin, dass »die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und das Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts verfügbare statistische Datenmaterial völlig unzureichend waren und eine genaue Untersuchung der Dynamik der Kapital-Einkommens-Verhältnisse nicht zugelassen haben« (Piketty 2014a: 305). In der Tat sind verlässliche Daten über die gesamtwirtschaftliche Struktur der kapitalistischen Länder erst nach dem Zweiten Weltkrieg verfügbar gewesen.

Als Schlussfolgerung daraus formuliert Piketty: »Eigentlich verfügen wir erst seit Ende des 20. und Anfang des 21. Jahrhunderts über die statistischen Daten und den historischen Abstand, die unerlässlich sind, um die langfristige Dynamik des Kapital-Einkommensverhältnisses und des Kapital-Arbeits-Verhältnisses richtig zu analysieren.« (Ebd.: 308) Vor diesem Hintergrund kommt seine distanzierte Bewertung der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie zustande. Marx habe bei einem unzureichenden empirischen Ausgangsmaterial doch darauf verzichtet, die verfügbaren Statistiken systematisch auszuwerten. Dies schlage sich auch darin nieder, dass er die Ansätze zur Erfassung des nationalen Kapitalstocks in Großbritannien unterschätzte.

Betrachtet man angesichts des jetzt zugänglichen Materials die Entwicklung der Ungleichheit im 19. Jahrhundert, kommt man – so Piketty – zu einer weitreichenden These: Es existiert 1914 in Frankreich bei Erbschaften und Vermögen ein enormer Konzentrationsgrad. Dieses Maß sozialer Ungleichheit ist für alle europäischen Gesellschaften der Zeit charakteristisch. »Man stellt fest,

dass 1914 in Frankreich 1% der Bevölkerung 70% des Vermögens besitzt. Und dass umgekehrt 70% der Bevölkerung ohne jegliches Vermögen sterben.« (Piketty 2014b: 43) Aus krassen Ungleichheiten erklären sich nach Piketty die massiven sozialen und politischen Spannungen dieser Gesellschaften und damit der Hintergrund für den nationalistischen Taumel, der im Ersten Weltkrieg ausgelebt wurde.

Aus dieser Beobachtung ergeben sich zwei weitere Folgerungen: »Man hat also 1914 unter dem Strich eine Reichtumskonzentration, die sich nicht wesentlich von der von 1820 oder 1789 unterscheidet. Anders gesagt: Das Versprechen der Französischen Revolution hatte sich als Täuschung erwiesen, jedenfalls, was die Gleichheit angeht, und ein großer Teil meiner Untersuchungen besteht in der Frage, was letztendlich an diesem Versprechen nicht funktionierte – warum man also 1914 mit demselben Konzentrationsgrad der Vermögen konfrontiert ist wie 1789, und ob heute, nach all den Erschütterungen des 20. Jahrhunderts, nicht das Risiko besteht, dass man sich einem im Grunde wenig davon abweichenden Grad der Ungleichheit nähert.« (Ebd.)

Verbindung von empirischen Befunden mit gesellschaftlichen Alternativen

Piketty verfolgt die Kapitalakkumulation und die Einkommensverteilung in Westeuropa und den USA vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Großen Krise des 21. Jahrhunderts. Dabei stellt er fest, dass sich die Ungleichverteilung von Einkommen und Kapitalbesitz gegenwärtig auf Werte zubewegt, die zuletzt am Ende des 19. Jahrhunderts erreicht wurden. Die Datenlage über Vermögens- und Einkommensverhältnisse über 100 bis 200 Jahre ist alles andere als unstrittig. So ist zum Beispiel in den oft verwendeten Steuerdaten der Aufbau von Guthaben in der Altersvorsorge, die für mittlere und untere Schichten prozentual viel bedeutender sind als für die Oberschicht, nicht berücksichtigt. Nicht berücksichtigt ist auch, dass die Steuersenkungen auf hohe Einkommen und Vermögen in diversen Ländern seit 1980 Umgehungsmanöver

der Großverdiener reduziert haben dürften. Steuerdaten können somit die Zunahme der Ungleichheiten überzeichnen.

Diese Problematik ist erweitert worden durch die Kritik des Financial Times-Wirtschaftsredakteurs Chris Giles, der Piketty vorwirft, er habe gewisse Daten unangemessen »angepasst«, gewichtet oder interpretiert.⁴ Auch nach Pikettys Replik bleiben Fragen offen. Unter dem Strich ist es aber weiterhin plausibel, dass die Einkommens- und Vermögensungleichheiten seit 1980 in vielen Ländern zum Teil deutlich gestiegen sind. »Der Kerngedanke von ›Das Kapital im 21. Jahrhundert‹ besagt, dass wir nicht einfach nur zu Einkommensungleichheiten auf dem Niveau des 19. Jahrhunderts zurückkehren, sondern dass wir uns auf dem Rückweg in einen

⁴ Siehe den Beitrag »Schwere Vorwürfe gegen den neuen Star-Ökonomen in der FAZ vom 24.5.2014: »Falsche Zahlen, falsche Formeln?« FT-Wirtschaftsredakteur Chris Giles, der behauptet, Pikettys öffentlich zugänglichen Datensatz nachgerechnet zu haben, schreibt in der aktuellen Ausgabe der Zeitung etwa: »Als die FT beispielsweise die Daten aufbereitete und vereinfachte, zeigten die europäischen Werte keine Tendenz, der zufolge sich die Ungleichheit der Vermögen seit dem Jahr 1970 erhöhte.« Ein unabhängiger Spezialist, den die FT nicht namentlich nennt, teile die Bedenken der Zeitung. Zwei weitere Beispiele hat die Zeitung grafisch aufbereitet: Einmal einen simplen Übertragungsfehler – Piketty hat schwedische Daten aus dem Jahr 1908 in seiner Excel-Tabelle in die Zeile für das Jahr 1920 eingegeben. Außerdem klappt zwischen dem Anteil, den die 10% der reichsten Briten am gesamten Vermögen halten, ein großer Unterschied zwischen Pikettys Ergebnis und dem Wert, der sich nach Angaben der FT aus den zugrunde liegenden Originalquellen ergibt. Piketty hat bereits auf die Kritik der FT reagiert und einen Brief geschrieben. Darin schreibt er zunächst, dass er die Daten, die seiner Analyse zugrunde liegen, gerade deswegen veröffentlicht habe, weil er eine transparente und offene Debatte darüber ermöglichen wolle. Danach räumt er ein, dass es zwangsläufig einiger Anpassungen bedürfe, um die Daten aus den verschiedenen Ländern und Quellen miteinander vergleichbar machen zu können. Das habe er auch in seinem Buch und dem Quellenmaterial nicht verschwiegen. Auf den schwedischen Zahlendreher geht er nicht ein. Was Großbritannien angeht, hält er hingegen an seiner Darstellung fest – und fügt hinzu, dass er Vermögen in »Steuerparadiesen« (offshore) nicht berücksichtigt habe und seine eigene Schätzung deswegen vermutlich die Wirklichkeit eher unterzeichne. Außerdem regte er an, die FT möge ihre Rechnungen doch ebenfalls online stellen. »Ich wäre glücklich, wenn ich meine Schlussfolgerungen ändern könnte.«

›Patrimonialkapitalismus‹ befinden. In ihm werden die Kommandohöhen der Wirtschaft nicht von begabten Individuen kontrolliert, sondern von Familiendynastien.« (Krugman 2014: 72)

Auch Ökonomen und Zeitgenossen, die eher eine andere gesellschaftspolitische Option verfolgen, akzeptieren, dass Pikettys Werk fast 15 Jahre Verteilungsforschung zusammenfasst, die zum Teil bahnbrechend ist. Krugman betont daher zu Recht, dass die bisherigen Kenntnisse und Einschätzungen über die Ungleichheit der Einkommens- und Reichtumsverteilung sich hauptsächlich auf Umfragen stützen. »Bei aller Nützlichkeit unterliegen Umfragedaten jedoch wichtigen Einschätzungen. In der Tendenz unterschätzen sie die Einkommen jener Handvoll Leute an der oberen Spitze der Einkommensskala, wenn sie diese nicht sogar verfehlen... An dieser Stelle kommen Piketty und seine Kollegen ins Spiel, weil sie eine völlig andere Informationsquelle aufgetan haben: Steuerunterlagen... Piketty et al. ...haben nun ganz neue Verfahren entwickelt: sie verknüpfen die Steuerdaten mit anderen Quellen und gelangen so zu Erkenntnissen, welche die Umfrageergebnisse auf entscheidende Weise ergänzen.« (Ebd.: 74)

Die gern und oft beschworene Attitüde, jede und jeder Linke habe schon immer gewusst, dass es im Kapitalismus ungerecht zugeht, ist bislang wenig mit empirischen Fakten untermauert. Dagegen markieren die von Piketty und seinen Kollegen vorgelegten empirischen Daten zu Vermögen, Vermögensverteilung und Volkseinkommen eine Zäsur in der gesellschaftspolitischen Debatte – bei allen kritischen Einwänden im Detail. Zugleich wird auf Grundlage der Darstellung einer empirisch untermauerten Gesellschaftsentwicklung mit einem Vorurteil über die Entwicklung der sozialen Ungleichheit aufgeräumt. Piketty unterstreicht, dass es nach den politischen und sozial-ökonomischen Umwälzungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine längere Phase der »großen Kompression« der Verteilungsverhältnisse gegeben habe. Erst Ende der 1970er Jahre setzt erneut eine krasse Auseinanderentwicklung der Einkommens- und Vermögensunterschiede ein.

Die gängige Begründung für die historische Berechtigung einer krasen sozialen Ungleichheit von Reichtum und Armut zielt auf den unvermeidlichen Aufbau des gesellschaftlichen Kapital-

stocks. Der große britische Ökonom John Maynard Keynes ging davon aus, dass zunächst der »Kapitalmangel« die Entwicklung des Kapitalismus bestimmte. Dieser »Kapitalmangel« erforderte zunächst die Überbetonung des Sparens, damit eine beschleunigte Kapitalakkumulation ermöglicht werde. Mit anderen Worten: Die Ungleichheit der Einkommensverteilung war eine zentrale Bedingung für die beschleunigte Kapitalakkumulation. Solange wie die Arbeitsproduktivität und folglich die Differenz zwischen Produktionsergebnis und Lohn je Beschäftigtem noch gering, der Bedarf an Realkapital im Verhältnis hierzu jedoch sehr hoch ist, markiert die Kapitalknappheit die Schranke für die Entwicklung des Systems. Diese Kapitalrestriktion kennzeichnet den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts.

Wenn als Ergebnis einer säkularen Akkumulation die Arbeitsproduktivität ein sehr hohes Niveau hat, die gesellschaftlichen Verhältnisse aber eine Steigerung des Massenkonsums verhindern, dann ist der Umgang mit den Produktivitätsfortschritten das zentrale Problem. Mit der Entwicklung des Kapitalismus und dem gesellschaftlichen Sparen wird die Konstellation des Kapitalmangels und damit auch die Kluft zwischen Reich und Arm überwindbar. Die Verwendung der Ersparnisse und der aufgehäuften Kapitalanlagen können – so Keynes – einer gesellschaftlichen Steuerung unterworfen werden. »Die Euthanasie des Rentiers wurde von Keynes ... in seiner Vision einer Welt entwickelt, in der die Investitionen alle Möglichkeiten einer produktiven Verwendung erschöpft haben und die Profitrate auf ein niedriges Niveau gesunken ist.« (Robinson 1966: 77)

Es geht also um die Unterordnung der hochentwickelten Produktivkräfte der Arbeit unter ein entwickeltes Regime gesellschaftlicher Kontrolle und Steuerung. Weil – so die These von Keynes, die Joan Robinson darlegt – der Kapitalstock mit einer Geschwindigkeit gewachsen ist, die über dem Hundertfachen dessen liegt, was jedes frühere Zeitalter gekannt hat, können und müssen wir uns von der Ökonomie des Mangels befreien. »Die alte Rechtfertigung für die Existenz einer reichen Klasse – dass sie nämlich notwendig ist, um für die erforderlichen Ersparnisse zu sorgen – hat sich schon stark abgenützt... Das Haupthindernis bei der Besei-

tigung des funktionslosen Reichtums ist ... der Mangel an Einfallreichum bei der Entwicklung von Ideen und Institutionen, wie sie einer Wirtschaft angemessen sind, die über den Berg starker Akkumulation ist und einen vernünftigen Weg finden muss, um die Früchte einzuheimsen.« (Ebd.: 73ff.) Die Produktivkräfte gesellschaftlicher Arbeit haben heute gegenüber dem Stand, den Keynes Mitte des 20. Jahrhunderts vor Augen hatte, eine weitaus entwickeltere Qualität.

In der konkreten Ausgestaltung der Zivilgesellschaft ist ein wachsendes emanzipatives Potenzial enthalten, das sowohl zur realen Ökonomie, der dieser entsprechenden Sozialstruktur und erst recht zum politischen Feld in einen sich verschärfenden Widerspruch tritt. Die Anforderung an eine emanzipatorische Politik besteht demzufolge darin, diese Potenziale freizusetzen. Dabei geht es nicht allein um eine ökonomische oder sozialstaatliche Reformperspektive, sondern um weitergehende zivilgesellschaftliche Entwicklungen.

Faktisch dominieren gegenwärtig jedoch nicht diese, sondern eine harte Austeritätspolitik. Es wird Ratschlägen gefolgt, die im Zeitalter der Kapitalknappheit, nicht aber in einer Krise des Überflusses angemessen wären. Oder wie Keynes es schon zu seiner Zeit ausgedrückt hat: Bereits die Weltwirtschaftskrise 1929ff. war keine Armutskrise, sondern eine Krise des Überflusses: »Die Stimmen, die uns in einer solchen Situation sagen, dass der Ausweg in strengem Haushalten zu finden sei und dass man, wann immer möglich, darauf verzichten solle, die potenzielle Produktion der Welt zu nutzen, sind Stimmen von Dummköpfen und Verrückten.« (Keynes zitiert in Skidelsky 2010: 127) Dies gilt heute umso mehr: Durch eine gesellschaftlich gesteuerte Ökonomie kann und muss die Reichtumsproduktion und -verwendung umstrukturiert werden. Dabei geht es nicht allein um die Organisation weiteren Wachstums, sondern wir können zu einer sozial gerechten Steuer- und Einnahmepolitik übergehen, um unverzichtbare öffentliche Aufgaben ohne beständige Schuldenaufnahme zu finanzieren.

Keynes' Theorie des Sparens war von seinen Zeitgenossen weit hin akzeptiert. Erst im Verlauf der Nachkriegsprosperität verflüchtigte sich die Einsicht, dass mit dem Übergang zu einem Zustand

des Kapitalüberflusses eine staatliche Steuerung der Investitionen zwingend geboten war. Der amerikanische Ökonom Simon Kuznets steht für die modifizierte Betrachtung des Zusammenhanges von Armut und Reichtum (siehe Kuznets 1955). Nach seiner Analyse nimmt die Ungleichheit in Phasen des Kapitalmangels zu, um dann aber wieder abzunehmen mit dem Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens (PKE – »Inequality first increases and then decreases as per capita rises.«). Die wachsende Ungleichheit in der Entstehungszeit des Kapitalismus werde von einer Phase zunehmender Gleichheit abgelöst. Diese Sichtweise bestimmt bis heute die langfristige Betrachtung des Kapitalismus.

Während Keynes unter dem Eindruck der großen Weltwirtschaftskrise (Überakkumulation, Depression) eine gesellschaftliche Steuerung und Sozialisierung der Investitionsfunktion forderte, setzte sich in der Nachkriegsperiode im kapitalistischen Westen eine andere Einschätzung zum Zusammenhang von Kapitalentwicklung und Verteilung (soziale Ungleichheit) durch. Der Hintergrund: In den 1940er und 1950er Jahren bewirken Wachstum und Industrialisierung zunächst eine Armutsreduktion. Die gesamte Verteilung des gesellschaftlichen Ertrags ist nicht von vorrangigem politischem Interesse. Erst ab Mitte der 1950er Jahre bis in die 1970er Jahre baut sich ein Konfliktbewusstsein von den wachsenden Verteilungsunterschieden wieder auf. In den kapitalistischen Hauptländern setzt sich die Mehrheitsposition durch, die auf staatliche Interventionen in die Verteilungsverhältnisse abzielt. Motto: Wir sind alle Keynesianer.

Seit den 1970er Jahren hat die Ungleichheit in den kapitalistischen Hauptländern stark zugenommen. Faktisch wird der Mythos von der Rückbildung der Ungleichheit in den späteren Entwicklungsphasen des Kapitalismus massiv untergraben. Mit Piketty wird in Anknüpfung an zurückliegende Theorien über Ungleichheit nun eine andere Sichtweise mehrheitsfähig.⁵

⁵ »Für viele Autoren des 19. Jahrhunderts, einschließlich Malthus, Ricardo und Marx, stand die Verteilungsfrage im Zentrum der politischen Ökonomie. Sie waren sehr motiviert durch die beeindruckende soziale und ökonomische Entwicklung ihrer Zeit (eine Lektion, an die sich heutige Ökonomen erinnern sollten). Unglücklicherweise hatten sie nur begrenzte systematische

Aufstieg und Fall der Mittelklasse als ein zentraler Tatbestand

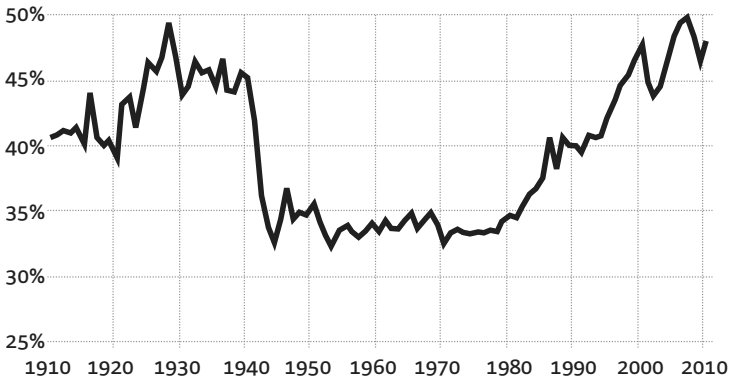
Piketty betont in seinem Buch und in nachfolgenden Veröffentlichungen immer wieder, dass die soziale Kluft zwischen Reichtum und Armut keine Tendenz zeigt, sich zu verringern. Der »Widerspruch einer ökonomischen Moderne, die aber gerade nicht notwendig in eine demokratische Moderne und in eine Demokratisierung des Vermögens und der Macht mündet, steht im Mittelpunkt meiner Recherchen und hat mich sehr beeindruckt. Besonders bis 1914 gibt es keinerlei Tendenz zu einer Dekonzentration des Vermögens, im Gegenteil. Man findet sogar in den besten Archiven, den besten Erbschaftsakten, die sich auftreiben lassen, eher die Tendenz zu einer wachsenden Vermögenskonzentration bis zum Ersten Weltkrieg.« (Piketty 2014b: 45)

Die Illusion oder der Mythos von einer Tendenz zur Verringerung der sozialen Ungleichheit stützt sich auf die Entwicklung im 20. Jahrhundert. Die lange Zeit festzustellende Tendenz der »großen Kompression« in den Verteilungsunterschieden hat aber wenig mit den genuinen ökonomischen Zusammenhängen zu tun. »Der Einbruch des Kapital-Einkommens-Verhältnisses zwischen 1913 und 1950 ist die Geschichte des Selbstmords Europas und der Euthanasie der Kapitalisten.« (Piketty 2014a: 198)

Das zurückliegende 20. Jahrhundert ist – für Piketty eine Ironie – von einer umgekehrten Wachstumskurve (auch in Anknüpfung an die Arbeiten von Kuznets als »Kuznets-Kurve« oder »U-Kurve« bezeichnet) geprägt. Das Wachstum wird begleitet von krasser Ungleichheit, geht in der Nachkriegsphase in eine komprimierte Einkommens- und Vermögensverteilung über und erst

Daten zur Verfügung, sodass sie sich ihrem Thema vor allem theoretisch annähern mussten. Diese Tradition wurde im 20. Jahrhundert fortgesetzt mit mehr datengesättigten und historischen Ansätzen, denen Kuznets und Atkinson den Weg bahnten (die entscheidend zu meinem Datensammelungsprojekt beigetragen haben). Ich arbeite direkt in deren Fußstapfen. Meine Arbeit ist auch der Versuch der Fortsetzung und Erneuerung der langen Tradition von historischen und soziologischen Forschungen über die langfristige Entwicklung von Löhnen, Preisen und Reichtum.« (Piketty 2014c: 737 – eigene Übersetzung)

**Abbildung 1: Einkommensungleichheit in den USA, 1910-2010
(Anteil der obersten 10%)**



Quelle: piketty.pse.ens.fr/capital21c

Ende des 20. Jahrhunderts explodiert die Ungleichheit erneut. Die »U-Kurve« steht sozusagen auf dem Kopf und beginnt mit einer dramatischen Schrumpfung im Kapital-Einkommens-Verhältnis von 1914 bis 1945 um fast ein Drittel, bevor es sich in der Zeit von 1945 bis 2012 mehr als verdoppelt (siehe Abbildung 1).

Es handelt sich zunächst um einen Absturz bedingt durch die heftigen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Konflikte. Dann hat es in der Zeit nach 1945 im Zusammenhang des Wiederaufbaus deutlich erhöhte Wachstumsraten gegeben – im Verbund mit einer Verteilungs- und Strukturpolitik, die den Einkommensungleichheiten und Vermögenszuwächsen deutliche Grenzen setzte. Es gibt keinen ökonomischen Automatismus, der die krasse soziale Kluft hervorbringt. Aber wir können aus der geschichtlichen Entwicklung lernen: »Deshalb bedarf es außerordentlich starker demokratischer Institutionen, um eine derartige Ungleichheitsdynamik zu regulieren. Daher lautet die möglicherweise wichtigste Schlussfolgerung aus meiner Arbeit: Nötig ist vor allem demokratische Transparenz bezüglich der Einkommen und Vermögen, und zwar über die Art und Weise, wie die verschiedenen Einkommens- und Vermögensgruppen von dem Wachstum profitieren, das uns

heute so grausam im Stich lässt. Das gilt besonders für Europa.« (Piketty 2014b: 47)

Im Ergebnis sehen wir in den ersten Nachkriegsjahrzehnten die Herausbildung und Entwicklung einer breiten Mittelklasse, d.h. einer politisch bedingten Kompression der Verteilungsergebnisse. »In der Entstehung einer wirklichen ›vermögenden Mittelschicht‹, darüber darf man sich nicht täuschen, besteht der maßgebliche Strukturwandel der Verteilung von Reichtümern in den Industrieländern des 20. Jahrhunderts.« (Piketty 2014a: 342) Im Prinzip müssen wir rückblickend vom 21. Jahrhundert von einem Aufstieg und Niedergang zugleich der vermögenden Mittelschicht sprechen. Mehr als in jedem anderen Land sieht sich die Mehrheit der BürgerInnen der Vereinigten Staaten als eine Nation des Mittelstands. Der Ausdruck »middle class« bezeichnet daher hier, anders als in vielen europäischen Staaten, nicht das Bürgertum (Mittelstand, gehobene Gehaltsbezieher, Freiberufler), sondern eine »mittlere Schicht« von BürgerInnen, deren Zahl sowohl die der Armen als auch die der Reichen weit übertrifft. Aktuell herrscht die Anschauung vor, dass sich der Traum von der US-Mittelschichtgesellschaft seit geraumer Zeit in einen Albtraum von der Vernichtung der »middle class« verwandelt habe. Wegen der Zuspitzung von ungleicher Einkommensverteilung und Vermögenskonzentration sowie dem Ende der Mittelstandsgesellschaft und der empirischen Untermauerung dieser Themen ist der französische Ökonom Thomas Piketty zum Bestsellerautor in Amerika geworden, obwohl es dort schon seit Jahren zahlreiche Untersuchungen zur Transformation des US-Traumes gegeben hat.

Die Veränderungen der letzten Jahrzehnte führten zu einer Umkehr der »großen Verdichtung« der 1950er Jahre, als sich die Kluft zwischen Arm und Reich sukzessive verringerte. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat die Ungleichheit in den USA ein Ausmaß erreicht, wie man es seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 nicht mehr kannte. Die USA gleichen immer weniger den »Mittelstandsdemokratien« Westeuropas und immer mehr einer oligarchisch strukturierten Gesellschaft – so wie man es aus Lateinamerika oder dem postsowjetischen Russland kennt, wo sich der Reichtum auf wenige konzentriert, die einer riesigen Unterschicht gegenüberste-

hen. Studien haben gezeigt, dass über die Hälfte der Gewinne aus dem Wirtschaftswachstum der letzten Jahrzehnte an das reichste Prozent der amerikanischen Bevölkerung gegangen sind, weshalb die Occupy-Wall-Street-Bewegung diese neue ökonomische Elite kurzerhand »The One Percent« genannt hat.